

Bericht von der Mitgliederversammlung am 13. September 2025 in der Universität Kassel

Amelie Schillinger

Stellvertretende djb-Geschäftsführerin, Berlin

Am Samstag, den 13. September 2025, fand die ordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb) statt, die alle zwei Jahre abgehalten wird. Im Anschluss an den 46. djb-Bundeskongress und dieses Jahr in den Räumlichkeiten der Universität Kassel. Mit über 200 stimmberechtigten Teilnehmerinnen war der Saal gut gefüllt.

Ehrung der verstorbenen Mitglieder

Präsidentin *Ursula Matthiessen-Kreuder* eröffnete die Mitgliederversammlung und ehrte die verstorbenen Mitglieder der vergangenen beiden Jahre: Dr. *Monika Zumstein*, Prof. Dr. *Ulrike Compensis*, *Dorian Seeliger*, *Isabel Fernández de Castillejo y Peetsch*, Dr. *Annette Matthias-Werner*, *Antje Karin Pieper*, *Gisela Hammes*, Dr. *Christine Berg-Grünenwald*, *Heide Voß-Broemme*, Dipl.-Oec. *Sylvia Schreiber*, *Antje Thietz-Bartram*, Prof. Dr. *Monika Frommel*, Prof. Dr. *Karin Graßhof*, *Ingrid Weber*, *Johanna Bacher*, Dr. *Susanne Parlasca* sowie Ehrenpräsidentin *Renate Damm*. Die Anwesenden erhoben sich zu einer Schweigeminute. Vizepräsidentin *Verena Haisch* gedachte der Ehrenpräsidentin *Renate Damm*, Erste Vorsitzende des djb von 1983 bis 1989 und 2008 zur Ehrenpräsidentin ernannt.

Satzungsänderung: neue Kommission „Recht der digitalen Gesellschaft“

Nach der Feststellung der Tagesordnung und der Einsetzung der Zählkommission ging es direkt inhaltlich los. *Verena Haisch* stellte den Vorschlag des Bundesvorstands vor, in der Satzung eine neue Kommission „Recht der digitalen Gesellschaft“ einzurichten. Er wurde einstimmig angenommen. So wird nach vier Amtszeiten der Nichtständigen Kommission „Digitales“ diese nun als Ständige Kommission in § 4 der Satzung verankert. Es heißt nun: Ständige Kommissionen werden eingerichtet für: (...)

- Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht,
- Familien-, Erb und Zivilrecht,
- Strafrecht,
- Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich,
- Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung,
- Europa- und Völkerrecht,
- *Recht der digitalen Gesellschaft.*

Neufassung der Beitragsordnung

Der Bundesvorstand unterbreitete einen Vorschlag, der die Beitragsordnung des djb erheblich vereinfacht: das sogenannte Lebensphasenmodell soll das komplizierte Vorgängermodell mit aufwendigen Nachweispflichten ablösen. Zudem sollten die Mitgliedsbeiträge zum Ausgleich der Inflation erhöht werden. Das wurde lebhaft diskutiert.

Es gab vier schriftlich Änderungsanträge (je *kursiv*):

1. § 2 Beiträge: (...) Bis einschließlich dem Geschäftsjahr, in dem ein Mitglied *das 32. Lebensjahr vollendet*, *zahlt es einen Jahresbeitrag von 40 Euro.*
2. § 2 Beiträge: (...) Bis einschließlich dem Geschäftsjahr, in dem ein Mitglied *das 27. Lebensjahr vollendet*, *zahlt es einen Jahresbeitrag von 40 Euro.*
3. § 2 Beiträge: (...) Bis einschließlich dem Geschäftsjahr, in dem ein Mitglied *das juristische Studium beendet oder das juristische Referendariat beendet*, *zahlt es...*
4. § 4 Zahlungsweise und Fälligkeit: (...) *Auf Antrag kann der Mitgliedsbeitrag quartalsweise oder halbjährlich entrichtet werden.*

Kein Änderungsantrag fand eine Mehrheit. Mit 2 Gegenstimmen und bei 7 Enthaltungen stimmten die mehr als 200 Mitglieder der Neufassung der Beitragsordnung zu, die ab 2026 gilt:

Beitragsordnung

§ 1 Allgemeines

Diese Beitragsordnung wird von der Mitgliederversammlung beschlossen und kann von dieser geändert werden. Sie ist nicht Bestandteil der Satzung.

Beschlüsse über die Änderung der Beitragsordnung gelten ab dem auf die Beschlussfassung folgenden Geschäftsjahr, soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt.

§ 2 Beiträge

Der reguläre Jahresbeitrag beträgt 240 Euro. Bis einschließlich dem Geschäftsjahr, in dem ein Mitglied das 32. Lebensjahr vollendet, zahlt es einen Jahresbeitrag von 60 Euro. Ab dem auf den 67. Geburtstag folgenden Geschäftsjahr beträgt der Jahresbeitrag 90 Euro. Mitglieder, die kein Geburtsdatum angeben, zahlen den Regelbeitrag. Mitglieder, die über entsprechende finanzielle Möglichkeiten verfügen, werden gebeten, den doppelten Regelbeitrag zu zahlen.

Das Jahr des Beitritts (Kalenderjahr) ist beitragsfrei.

Auf Antrag wird der Mitgliedsbeitrag auf 120 Euro jährlich reduziert, wenn gleichzeitig die Mitgliedschaft in einer Organisation besteht, der aufgrund der Zugehörigkeit seines

Mitglieds zum Deutschen Juristinnenbund ebenfalls eine Ermäßigung gewährt. Die Gegenseitigkeit wird durch Beschluss des Bundesvorstands festgestellt.

Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 3 Beitragsermäßigung

In begründeten Einzelfällen kann der Mitgliedsbeitrag gestundet, für einen befristeten Zeitraum reduziert oder erlassen werden. Die Gründe für das Vorliegen eines begründeten Einzelfalles sind fristgerecht bis zum Ende des Vorjahres in einem Antrag glaubhaft zu machen (z.B. durch Vorlage geeigneter Unterlagen). Über den Antrag entscheidet die Schatzmeisterin.

§ 4 Zahlungsweise und Fälligkeit

Der Mitgliedsbeitrag entsteht zum 1. Januar eines jeden Jahres. Die Beitragszahlung erfolgt durch Einzug im SEPA-Lastschriftverfahren. Die Mitglieder erteilen dazu ihre Zustimmung unter Angabe ihrer Bankverbindung. Änderungen der persönlichen Angaben sind dem Verein unverzüglich mitzuteilen. Mitglieder, die nicht am SEPA-Lastschriftverfahren teilnehmen, entrichten ihre Beiträge bis spätestens zum 28. Februar eines jeden Jahres auf das Beitragskonto des Vereins. Andere Zahlungsweisen werden nicht anerkannt.

Berichte

Präsidentin *Ursula Matthiessen-Kreuder* berichtete über die rechtspolitische Arbeit der vergangenen zwei Jahre und verwies auf die schriftlichen Berichte insbesondere der Arbeitsgruppen. Ebenso berichteten die Schatzmeisterin *Petra Lorenz*, sowie die Kassenprüferin *Ruth Cohaus*. Alle Berichte sind im Mitgliederbereich der djB-Webseite (www.djb.de/mein-djb/mitgliederversammlung/2025/berichte) abrufbar. Nach der Entlastung des Vorstandes verabschiedete sich Präsidentin *Ursula Matthiessen-Kreuder* von den Mitgliedern, anschließend wurde ihre Amtszeit und ihre Arbeit für den djB von Dr. *Christine Hohmann-Dennhardt* gewürdigt.

Wahl des Bundesvorstands

Vorstand des Regionalgruppenbeirats

Der Vorstand des Regionalgruppenbeirats wurde bereits auf seiner letzten Sitzung am 9. Februar 2025 in Düsseldorf gewählt und die drei Amtsinhaberinnen bestätigt: Dr. *Diana Bartoszyk*, Rechtsanwältin/Unternehmensjuristin, Berlin (Vorstandsmitglied Landesverband Berlin), *Bianca Lohmann*, Rechtsanwältin, Paris (Stellv. Vorsitzende Regionalgruppe Paris) sowie *Karen Sticht*, LL.M., Public Affairs Expert, Brüssel/Berlin sind als Vorstandsmitglieder des Regionalgruppenbeirats gleichzeitig Mitglieder im Bundesvorstand.

Präsidium

Es folgte die Wahl zum Präsidium. Alle Vorstellungen der Kandidatinnen finden sich in der djBZ 2/2025, ab S. 110; sie präsentierten sich auch kurz vor Ort.

Als Präsidentin wurde Prof. Dr. *Susanne Baer*, LL.M., Richterin des Bundesverfassungsgerichts a.D. und Professorin an der Humboldt-Universität zu Berlin¹ in schriftlicher, geheimer Wahl mit 192 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen gewählt.

Die bisherigen Vizepräsidentinnen Dr. *Lucy Chebout*, Rechtsanwältin in Berlin und *Verena Haisch*, Rechtsanwältin in Hamburg, wurden in schriftlicher, geheimer Wahl mit überwältigender Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt.

Als Schatzmeisterin kandidierte als Nachfolgerin für *Petra Lorenz*, die ihr Amt 10 Jahre lang ausübte, die bisherige Kassenprüferin *Nadine Köster*, LL.M., Referatsleiterin im Bundeszentralamt für Steuern, Bonn. Sie wurde einstimmig, ohne Enthaltungen oder Gegenstimmen per Handzeichen gewählt.

Ursula Matthiessen-Kreuder wird dem Präsidium in der Amtszeit 2025–27 als Past President mit beratender Stimme angehören. Ebenso gehört djB-Geschäftsführerin *Anke Gimbal* dem Präsidium mit beratender Stimme an.



▲ Das Präsidium des djB 2025–27 (v.l.n.r.): Past President Ursula Matthiessen-Kreuder, Geschäftsführerin Anke Gimbal, Präsidentin Susanne Baer, Vizepräsidentin Verena Haisch, Vizepräsidentin Lucy Chebout, Kassenprüferin Nadine Köster. Foto: djB/Martha Friedel

Beisitzerinnen

Dem Bundesvorstand gehören zwei Beisitzerinnen an, die die Juristinnen in Ausbildung vertreten. Dr. *Annalena Mayr*, Rechtsreferendarin am Brandenburgischen Oberlandesgericht wurde im Amt bestätigt, als Nachfolgerin von *Farnaz Nasiriamini* wurde *Leah Salmanian*, Rechtsreferendarin am Landgericht Darmstadt gewählt.

¹ Online abrufbar in der eLibrary von Nomos (<https://www.inlibra.com/de/journal/view/issn/1866-377X>) oder im internen Bereich der djB-Webseite.

Kommissionsvorsitzende

Für die bisherigen Ständigen Kommissionen kandidierten die Amtsinhaberinnen; sie wurden alle mit überwältigender Mehrheit per Handzeichen wieder gewählt.

Als Vorsitzende sind damit weiter tätig:

Für die Kommission Arbeits-, Gleichstellungs- und Wirtschaftsrecht Prof. Dr. *Isabell Hensel*, Qualifikationsprofessorin und Leiterin des Fachgebietes „Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht in der digitalen Gesellschaft“ an der Universität Kassel.

Für die Kommission Familien-, Erb- und Zivilrecht Prof. Dr. *Anna Lena Götsche*, Professorin im Familien-, Kinder- und Jugendrecht an der Technischen Hochschule Köln.

Für die Kommission Strafrecht *Dilken Çelebi*, LL.M., Doktorandin an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Für die Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich Prof. Dr. *Susanne Dern*, Professorin an der Hochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen, berufen für „Recht der Sozialen Arbeit, Sozialen Sicherung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit“.

Für die Kommission Verfassungsrecht, Öffentliches Recht, Gleichstellung Dr. *Stefanie Killinger*, LL.M., Präsidentin des Verwaltungsgerichts Göttingen und stellvertretendes Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs.

Für die Kommission Europa- und Völkerrecht *Valentina Chiofalo*, Doktorandin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht an der Freien Universität Berlin.

Für die neue ständige Kommission „Recht der digitalen Gesellschaft“ *Theresia Rasche*, Rechtsanwältin in Hannover und Doktorandin an der Universität Osnabrück.

Kassenprüferinnen

Als Kassenprüferin wurde die Amtsinhaberin *Ruth Cohaus*, Dipl.-Kauffrau, Referentin im Ministerium für Finanzen Sachsen-Anhalt, Magdeburg wiedergewählt. Als Nachfolgerin für *Nadine Köster*, wurde *Birte Kruse-Gobrecht*, Bürgermeisterin a.D., Organisationsberaterin und Mediatorin, Bargteheide (Schleswig-Holstein) gewählt.

Dank an aktive Mitglieder

Die frisch gewählte Präsidentin *Susanne Baer* dankte allen aktiven Mitgliedern der letzten beiden Jahre, insbesondere jenen, die ihre Arbeit in neue Hände übergeben haben: den scheidenden Vorsitzenden des Arbeitsstabes Ausbildung und Beruf Dr. *Susanna Roßbach* und *Nergis Zarifi*, der scheidenden Beisitzerin *Farnaz Nasiriamini*, der scheidenden Vorsitzenden der nichtständigen Kommission Digitales *Anke Stelkens*. Sie bedankte sich insbesondere bei der scheidenden Präsidentin *Ursula Matthiessen-Kreuder* für ihren Einsatz für den djb, begrüßte das weitere Engagement im Landesverband und darüber hinaus und übergab im Namen des Präsidiums ein Geschenk. Desgleichen dankte sie der bisherigen Past President Prof. Dr. *Maria Wersig*.

Nächster Kongress

Der 48. djb-Bundeskongress und die nächste Mitgliederversammlung werden vom 16.–19. September 2027 in an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder stattfinden.



▲ Der neue Bundesvorstand, Foto: djb/Martha Friedel